

Festrede Sheila Mysorekar

neue deutsche Organisationen (Vorsitzende)

30 Jahre Kölner Runder Tisch für Integration

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Gäste,

Herzlich willkommen! Es ist schön, wieder in einem vollen Saal zu stehen und mit vielen Menschen zusammen etwas zu feiern!

Und wir feiern heute was ganz Besonderes: Seit 30 Jahren – 30 Jahren! - gibt es den Kölner Runden Tisch für Integration!!

Ich freue mich sehr, heute dabei zu sein – als eine Wahlkölnlerin, die zum Studium in den 80er Jahren nach Köln gekommen und einfach geblieben ist. Ich muss hier als erstes ein Geständnis ablegen zu meiner Migrationsgeschichte: ich komme nämlich aus Düsseldorf! Aber das ist ja schon ein Zeichen der Kölner Weltoffenheit, dass eine gebürtige Düsseldorferin an einem solchen Tag die Festrede halten darf...

Diese 30 Jahre des Runden Tisches für Integration sind die Geschichte eines erfolgreichen Beitrages für eine weltoffene Stadt. Aber nicht nur weltoffen für die, die neu hierhin kommen, sondern der Runde Tisch hat sich auch immer für die eingesetzt, die hier schon lange – oder schon immer leben -, für bessere Lebensbedingungen, Rechtssicherheit und einfach für gleichberechtigte Partizipation.

Wenn ich sage „WIR feiern 30 Jahre Runder Tisch“, dann meine ich einmal alle Gäste hier im Saal, und auch wir alle in Köln. Aber:

Wer ist eigentlich dieses „Wir“? Ein Zusammengehörigkeitsgefühl entsteht nicht von allein. Menschen wollen sich ihrer Stadt zugehörig fühlen, aber nicht immer ist das möglich. Weil es ihnen nicht zugestanden wird.

Ein kleiner Rückblick, wie das früher so war, mit dem Thema Zugehörigkeit:

Ein Beispiel aus dem Fußball.

Coşkun Taş, der erste türkische Vertragsspieler in Deutschland kam Ende der Fünfziger Jahre nach Köln. Er spielte 1960 in allen Endrundenspielen für den 1. FC Köln. Aber:

Im Finale um die deutsche Meisterschaft durfte er nicht auflaufen, weil "in einem deutschen Endspiel nur Deutsche stehen sollten", wie es damals hieß. Coşkun Taş, der sogar die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen hatte, sagte daraufhin:

„Für mich hat sich der Fußball erledigt - zumindest hier in Deutschland.“

Dies ist ein Beispiel, wie man Menschen ihre Motivation nimmt, indem man sie ausgrenzt, für nicht zugehörig erklärt. Der 1.FC Köln hatte somit einen guten Spieler verloren. Und Coşkun Taş hatte trotz seiner herausragenden Leistung eine massive Demütigung erfahren. Alle Seiten haben dadurch verloren.

Seitdem hat sich viel getan. Wenn man heute die Namenslisten der Spieler, vor allem in der Jugend, anschaut, da findet man Namen aus allen Ländern. Aber das Entscheidende ist: das sind alles Kölsche Jungs und Mädchen. Keine Ausländer*innen.

Die Konstruktion der Gemeinsamkeit, das inklusive „Wir“ in Köln, ist durch mehrere Phasen gegangen. Die Gesellschaft öffnete sich in den 1970er und 80er Jahren, aber Anfang der Neunziger gab es einen starken Anstieg von Rechtsradikalen und Neonazis. Anschläge, Pogrome und Morde.

Als Reaktion auf die antisemitischen und rassistischen Gewalttaten gründete sich im Dezember 1991 der Runde Tisch „für Ausländerfreundlichkeit“, wie er damals hieß. Es war ein Akt des Widerstandes gegen die Rechtsradikalen, und ein Zeichen des Willkommens für alle nichtdeutschen Kölner*innen. Und von vornherein war der Runde Tisch inklusiv gedacht: Beispielsweise war der Deutsch-Türkische Verein von Anfang an dabei, oder auch die Synagogen-Gemeinde Köln.

Nichtbetroffene, also weiße Menschen, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung einsetzen, werden neudeutsch „Allies“ genannt, Alliierte, Verbündete. Die Mitglieder des Runden Tisches waren und sind die besten Allies, die man sich vorstellen kann. Zu einer Zeit, als migrantische Stimmen von der Politik nicht gehört wurden, erhoben sie ihre Stimmen und setzten sich gegen Rassismus ein. Sie haben ihren Einfluss und ihren Ruf und ihre Zeit und ihre Energie genutzt, um für uns einzutreten. Nicht, weil wir keine Stimmen gehabt hätten, sondern weil man uns nicht hören wollte.

Ich möchte einen Satz aus der Festschrift zitieren:

„In den 1990er Jahren wurde Integration noch überwiegend als Anpassung an die deutsche Gesellschaft verstanden und Migranten wurden Ausländer genannt, um die Tatsache der Einwanderung ignorieren oder auch leugnen zu können.“

Wer waren denn damals diese „Ausländer“? Ich zum Beispiel. Obwohl ich eigentlich „von hier“ bin. Man wurde damals zur Ausländerin gemacht.

- Geboren in Deutschland (Düsseldorf, wie ich zugeben muss)
- Vater Inder, also indische Staatsangehörigkeit
- Aufenthaltserlaubnis anstatt Aufenthaltsgenehmigung
- Abi, Hochschulabschluss, Master in Köln
- Einbürgerung 1986. Der Prozess dauerte anderthalb Jahre.
- Im Ausländeramt wurde verlangt, dass ich ein Diktat mache, um nachzuweisen, dass ich deutsch kann – obwohl ich Abitur und Hochschulabschluss in Köln abgelegt hatte!

Das deutsche Staatsbürgerrecht ist seitdem reformiert worden, aber nach wie vor ist es nicht so wie in anderen Ländern, wo jeder und jede, die im Land geboren wird, automatisch diese Staatsangehörigkeit bekommt. Und das ist ein Problem für die Zugehörigkeit. Und auch für das Wahlrecht – und damit die Mitbestimmung und Mitgestaltung dieser Stadt.

Jene Zeit der „Gastarbeiter“ und „Gastarbeiterinnen“ ist schon lange vorbei. Jetzt sprechen wir von einer „postmigrantischen“ Gesellschaft. Und auch dazu hat der Kölner Runde Tisch für Integration sehr viel beigetragen. In seiner zweiten Phase, Anfang der 2000er, entschieden sich die Mitglieder für einen neuen Namen: Runder Tisch „für Integration“ (seit 2002).

Dies reflektierte den doppelten Prozess, der im Gange war: Einmal Öffnung der Gesellschaft plus der selbstwussten Vertretung der migrantischen Kölner*innen für ihre eigene Belange.

Obwohl es nicht das erste Mal war, dass Migrant*innen in Köln für ihre Rechte kämpften: Gerade hier gab es in der Vergangenheit Arbeitskämpfe, die von eingewanderten Arbeitern geführt wurden – zum Beispiel der Streik in den Ford-Werken 1973.

Der Runde Tisch hat in den frühen 2000er Jahren aktiv am Konzept für eine integrative Stadtgesellschaft mitgewirkt, von kommunaler Flüchtlingspolitik bis zur Gleichstellung muslimischer Frauen. Das „Wir“ als gemeinsam gestaltete Gesellschaft ging voran.

Aber Anfang der 2000er gab es auch eine neue Welle des Rechtsextremismus.

Ich möchte an dieser Stelle an die beiden rassistischen Bomben-Attentate des NSU in Köln erinnern, 2001 in der Probsteigasse und 2004 in der Keupstraße. Damals hat die Polizei im Umfeld der Betroffenen ermittelt, anstatt an Neonazis zu denken. Würde das heute anders laufen? Ich hoffe, aber ich bin mir nicht so sicher.

Und es ist auch sehr beunruhigend, dass wir bis heute nicht wissen, wer die Bombe in der Probsteigasse deponiert hat! Wir wissen auch nicht, wer die hiesigen Helfer des NSU waren, die die Ziele ausgespäht haben. Diese Leute laufen immer noch frei herum – Neonazis, die Kölner Bürgerinnen und Bürger ermorden wollten und viele schwer verletzt haben.

Es ist eine nicht erfüllte Aufgabe der Polizei, diese Anschläge vollständig aufzuklären. Die Kölner Helfer des NSU dingfest zu machen und zu verurteilen würde die Sicherheit für alle migrantischen Bürger*innen der Stadt erheblich erhöhen. Und das ist ein Großteil der Bevölkerung:

- 39% aller Kölner*innen kommen aus einer internationalen Familie.
- 54% der Jugendlichen unter 18 Jahre.

Das heißt, in wenigen Jahren hat die Mehrheit der Kölner*innen einen oder zwei Elternteile mit einer internationalen Geschichte. Mit anderen Worten: wir befinden uns in einer postmigrantischen Gesellschaft.

Aber dennoch machen viele die Erfahrung der intersektionalen Diskriminierung.

Ein entscheidender Punkt ist die Klassenfrage. Ich zitiere aus der Festschrift:

„Öffentliche Statistiken belegen: Es sind weit überdurchschnittlich Menschen mit Migrationsgeschichte, die in einfachen, meist prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind.“ Sie sind diejenigen, die auch am meisten von Armut betroffen sind.

Wie kann das sein? Wie können wir dulden, dass es eine Unterschicht von Kölner*innen aus internationalen Familien gibt, die arm sind und nur prekäre Arbeitsbedingungen haben? Es gibt viele Gründe, aber oft liegt es daran, dass Abschlüsse aus dem Ausland nicht anerkannt sind.

Neulich habe ich die Kopie eines amtlichen Schreibens gesehen, wo ein Arzt, der in Afghanistan Medizin studiert hatte und ausgebildeter Arzt war, von einer deutschen Behörde folgendermaßen eingestuft wurde: Sein Abschluss sei vergleichbar mit einem deutschen Realschulabschluss. Ein Mediziner aus Afghanistan! Die verantwortliche Behörde war nicht hier, sondern in Nürnberg, aber diese himmelschreiende Ungerechtigkeit erleben wir auch woanders.

Abgesehen davon gibt es noch mehr Faktoren für prekäre Arbeitsverhältnisse, so etwa Rassismus und Islamfeindlichkeit auf dem Arbeitsmarkt. Zum Beispiel ist es oft sehr schwierig für junge muslimische Frauen, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, wenn sie ein Kopftuch tragen. Und das erhöht das Risiko, nur prekäre Arbeit zu bekommen.

Ein anderes großes Thema für migrantische Kölner*innen ist der Rassismus bei der Wohnungssuche.

Diese Erfahrung kenne ich in Köln leider allzu gut: bei einer - eigentlich freien -Wohnung anzufragen, die aber plötzlich doch vergeben ist, sobald ich meinen Namen buchstabieren muss. Ich bin sicher, dass viele in diesem Raum diese Erfahrung ebenfalls gemacht haben.

Gegen diese Diskriminierung und Rassismus müssen konkrete Maßnahmen ergriffen werden. Man kann nicht darauf warten, dass es sich von selbst regelt; das wird nicht geschehen.

Nochmal die Frage: Wenn man sagt, „wir Kölner*innen“ – wer ist „Wir“?

Solange das „Wir“ verhandelbar ist, haben wir keine Basis. Solange das „Wir“ je nach Sachlage neu definiert wird, besteht immer die Gefahr der Ausgrenzung, von Diskriminierung, von Rassismus.

Insbesondere Schutzsuchende, die nach Deutschland flüchten, haben es da schwer. Ihre Migration ist nicht freiwillig, sondern den Umständen in ihrem Heimatland geschuldet. Sie möchten nach Hause zurückkehren, aber das ist oft lange Zeit nicht möglich. Aber je länger man in Köln bleibt, um so mehr schlägt man Wurzeln; das gilt vor allem für Kinder. Das heißt, auch für Geflüchtete verlagert sich der Lebensmittelpunkt nach und nach an den Ort, an dem sie leben. Das ist ein normaler Prozess, aber politisch oft gar nicht erwünscht.

An dieser Stelle möchte ich an die Bleiberechtskampagne des Rundes Tisches erinnern.

Geflüchtete haben oft den Status von Geduldeten, auch jahre- oder sogar jahrzehntelang.

Wie kannst du dein Leben planen, wie kannst du diese Stadt lieben lernen und dich zuhause fühlen, wenn du nicht weißt, wie lange du bleiben kannst? Wie kann von einem Menschen erwartet werden, Zeit in Ausbildung und Arbeit zu investieren, wenn alles von heute auf morgen zu Ende sein kann?

Der Runde Tisch protestierte immer wieder gegen Abschiebungen und führte ab 2016 eine erfolgreiche Kampagne für Bleiberechte für Geflüchtete durch; damals ging es um viele Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Seitdem haben Menschen aus anderen Ländern bei uns Schutz gesucht – zum Beispiel aus Syrien, Somalia und Afghanistan, oder in den letzten Wochen aus der Ukraine. All diese Schutzsuchenden und ihre Kinder werden Kölner*innen werden, die diese Stadt lieben, so wie Sie, so wie ich – wenn man sie lässt. Wenn man ihnen die Möglichkeit gibt, ohne permanente Angst vor Abschiebung ihr Leben zu gestalten und in ihre Zukunft zu investieren. Wenn man sie unterstützt und ihnen zeigt: Du bist hier willkommen. Auch auf Dauer.

Der Runde Tisch hat gezeigt, wie das geht!

Aber es gibt noch viel zu tun. Es fehlt noch immer, wie es in der Festschrift heißt, ich zitiere: an dem politischen Willen, „alle Einrichtungen, Institutionen und Angebotsstrukturen interkulturell zu öffnen.“

Die gesellschaftliche Entwicklung ist jedoch schon viel weiter. Schauen Sie sich in der Stadt um. Und auch die zivilgesellschaftlichen Initiativen spiegeln eine veränderte Gesellschaft, die ganz selbstverständlich vielfältig ist.

Ich stehe heute auch hier als Vorsitzende der *Neuen Deutschen Organisationen*, einem Netzwerk von mehr als 170 postmigrantischen Organisationen. Wir haben einen neuen, selbstbewussten Blick auf die Stadtgesellschaft und das Land. Und wir fordern eine gemeinsame Gestaltungsperspektive der Einwanderungsgesellschaft.

Die Wahrnehmung und Repräsentanz der migrantischen Menschen ist in der Politik oft noch Nebensache, aber:

Die Bekämpfung von Rassismus muss eine zentrale Aufgabe werden in Köln, um eine wirkliche Partizipation zu erreichen. Das ist eine Querschnittsaufgabe für alle Bereiche und muss von der Politik und der Zivilgesellschaft priorisiert werden.

Das ist keine Nebensache. Es geht um den sozialen Frieden, nicht mehr und nicht weniger.

Wir erleben heute wieder eine neue Welle von Rechtsextremismus. Eine rechtsextreme Partei, die AfD, sitzt im Rat der Stadt Köln und im Landtag von NRW, in vielen Kommunen deutschlandweit, und auch im Bundestag. Rechtes Gedankengut wird immer salonfähiger, und das bedeutet eine Zunahme von Rassismus und Diskriminierung.

Das heißt: Wir müssen weiterhin kämpfen, um die Errungenschaften einer offenen Gesellschaft zu verteidigen.

Der Kölner Runde Tisch für Integration ist immer mit der Zeit gegangen und hat aktuelle Debatten vorangetrieben. Auch jetzt wieder. Ich danke allen Mitgliedern von Herzen, Ihnen allen, im Namen aller migrantischen und nicht-migrantischen Kölner*innen.

Vielen Dank.